

am 15. Okt. ... 1 Gehöft, ... 21 Gemeinden ...

vermüller 56 J.

weiter von Rand ...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn 1.80
Einzelnummer 10
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J., Familien-Anzeigen 12 J., Reklame-Selle 45 J., Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 246

Gegründet 1827

Freitag, den 21. Oktober 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Zu dem bevorstehenden Besuch des Reichskanzlers Dr. Marx teilt eine Vertrauensperson mit, die Reise habe mit dem Anschlag nichts zu tun.

Zum Nachfolger Cecilis im englischen Kabinett als Kanzler des Herzogtums Lancaster ist Ronald Neill ernannt worden.

Lord Cecil, der bekanntlich aus der englischen Abordnung zum Völkerbund ausgetreten und als Minister zurückgetreten ist, wird am 21. Oktober einen planmäßigen Feldzug für die allgemeine Abrüstung eröffnen und mit einer Rede vor dem Ausschuss der britischen Völkerbundsvereinigungen beginnen.

Politische Wochenchau

Der Sowjet-Botschafter Rakowski in Paris ist abberufen worden. Endlich. Das war ein fast endloses Rätselraten, bis es so weit kam. Die russische Note, die seine Abberufung ankündigte, ist in einem Ton gehalten, der bei solchen Anlässen nicht gerade angebracht zu werden pflegt. Rakowski wird von Moskau aufs wärmste gedeckt und seine Verdienste in der Vorkriegsschuldenfrage werden sehr gerühmt. Wenn die Sowjetregierung auf den französischen Antrag eingehe, so gehehe dies nur mit Rücksicht auf das Recht jeder auswärtigen Macht, die einen Botschafter ablehnen könne. Doch müsse man die Verantwortung für etwaige Folgen, die sich aus dem Wechsel ergeben könnten, Paris überlassen. Beachtenswert ist in dieser Note, daß mit keiner Silbe Rakowskis Unterzeichnung jenes Auftrags der kommunistischen Zentrale vom 9. August gedacht wird, mit dem die Soldaten fremder Staaten zum Uebertritt in das Rote Heer, also zur Fahnenflucht aufgefordert wurden. Diese Sache soll eine „innerpolitische Angelegenheit“ sein. Was weiterhin die versteckte Drohung bezüglich der Verhandlungen wegen der Vorkriegsschulden betrifft, so wird man in Paris nicht besonders unglücklich sein, wenn dieselben nachträglich scheitern sollten. Denn 30 Millionen Goldfranken jährliche Abzahlung der alten Schulden (über 20 Milliarden Goldfranken) 65 Jahre lang gegen eine sofortige neue Anleihe von 200 Millionen — so etwas ist nicht gerade ein glänzendes Geschäft. Zudem haben die Sowjetherren seither stets den Standpunkt vertreten, Moskau sei für die Schulden der zaristischen Regierung nicht haftbar. So liegt ihnen offenbar mehr daran, Geld von Paris zu bekommen, als ihren Schuldenverpflichtungen nachzukommen.

Im übrigen hält Moskau an dem Gedanken der „Weltrevolution“ nach wie vor fest. Der Unterschied zwischen der jetzigen „revolutionistischen“ Regierung Stalin und der Opposition Trotzki-Sinowjew zeigt sich in der geringeren oder größeren Energie, mit der dieses Endziel des Bolschewismus vertreten wird. Die Opposition glaubt aber, daß alle Mißerfolge Moskaus in China und in England von der allzu großen Leiftreterei der jetzigen Machthaber herkommen und deshalb die Gefahr bestehe, daß die vielen Millionen Rubel, die man dem eigenen Volk entzogen und ins Ausland geschleudert hatte, ohne Nutzen bleiben.

Das Internationale Arbeitsamt bzw. dessen Aufsichtsrat hat unter dem Vorsitz des Franzosen Fontaine seine 37. Tagung in Berlin beendet. Positive Ergebnisse sind so gut wie keine zu verzeichnen. Man konnte schöne Reden mit noch schöneren Phrasen hören. Mehr nicht. Allerdings war die Tagung für uns insofern eine Genugtuung, als durch den Leiter des „Internationalen Arbeitsamts“, den Franzosen Drummond, die „Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit“ der deutschen Sozialgesetzgebung rühmend anerkannt wurde.

Der griechisch-serbische Streitfall ist beigelegt. Auf wie lange, kann niemand sagen. Es wird nicht eher Ruhe werden auf dem mazedonischen Brandherd, bis der große Fehler des Vertrags von Neuilly (1919), der das Land in drei Teile gewaltsam zerrissen hat, in gründlicher Weise wieder gutgemacht wird. Jedenfalls müssen die Serben sich herbeilassen, die Millionen Mazedonier, die man Bulgarien weggenommen hatte, menschenwürdig zu behandeln und sie in ihrer nationalen Minderheit zu achten.

In Frankreich ist zu den seitherigen Wahrheitszeugen ein neuer dazugekommen, der in der „Revue de Paris“ zu der Kriegsschuldfrage das Wort nimmt. Es ist Elie Halévy, ein Gelehrter, der die Regierung auffordert, dem Vorgang von Berlin und London zu folgen und endlich auch mit der Veröffentlichung der Dokumente zu beginnen. Dabei stellt er die Behauptung auf: „In Wirklichkeit hat Oesterreich Deutschland gedrängt, ihm seine Unterstützung zu gewähren. Um einen kühnen Schlag der Verzweiflung zu führen. Mit ihrer Zustimmung gab die Regierung in Berlin dem Gefühl der Solidarität mit ihrem Bundesgenossen nach, die, wenn sie nicht handelten, von der slavischen Flut verschlungen zu werden drohten.“ Eine für uns selbstverständliche, geschichtlich schon längst festgelegte Tatsache. Wie viel wäre gewonnen, wenn sie sich in Frankreich Gehör und Glauben verschaffen könnte! Dann kämen

Die Beratung der Finanzminister

Berlin, 20. Okt. Die Beratung der Finanzminister des Reichs und der Länder über die Umgestaltung der Beratungsstelle wurde vormittags fortgesetzt. Kurz nach Mittag kamen die Verhandlungen zum Abschluß. Die neuen Richtlinien für die Aufnahmen von Auslandsanleihen sind für die Anleihefahrenden, aber auch für die Währungs- und Politik der Reichsbank von großer Bedeutung. Sie haben in erster Linie den Zweck, die wirtschafts- und währungspolitischen Gesichtspunkte, die die äußerste Beschränkung bei Aufnahme von Auslandsanleihen durch öffentliche Verbände, Städte usw. gebieten, genauer herauszuarbeiten und zusammenzufassen. In der Besprechung wurde namentlich auch auf den übertriebenen und unangebrachten Luxus vieler größerer Städte hingewiesen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird nunmehr den Regierungen der Länder mitgeteilt.

Im Rechnungsjahr 1927/28 wird die steuerliche Belastung in Deutschland im ganzen auf rund 12 Milliarden Mark anwachsen, ungerechnet die Mehrausgaben für den Dawesplan. Im übernächsten Jahr, wenn die obere Dawesstufe erreicht ist, werden jährlich 2,5 Milliarden oder fast 1700 Millionen Mark mehr an Kriegsschuldentilgung zu zahlen sein, als im laufenden Jahr zu zahlen waren. Nimmt man hinzu die 12 Milliarden Steuern und Abgaben, die Soziallasten mit mehr als 4 Milliarden, ferner die von der Reichsbahn an die Dawesstaffe zu zahlenden 660 Millionen und die 300 Millionen aus den Dawes-Industrieobligationen, so ergibt sich ein öffentlicher Anspruch an die deutsche Wirtschaft von rund 18 Milliarden Mark, während vor dem Krieg die öffentlichen Lasten alles in allem nur etwa 4 Milliarden und die Soziallasten 1,1 Milliarden betragen.

Einbringung des Beamtenbefolgungsgesetzes
Berlin, 20. Oktober. Der Reichsfinanzminister hat den Entwurf des Beamtenbefolgungsgesetzes dem Reichstag in der Form zugeleitet, die sich aus der ver-

schiedenen Auffassung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsrat über eine Reihe von Bestimmungen der neuen Befolgungsordnung ergeben hat. Die Paragraphen, über die eine Uebereinstimmung nicht erzielt worden ist, sind in der Vorlage in Doppelfassungen geführt. In der Begründung der Regierungsvorlage betont der Reichsfinanzminister die unvermeidliche Rückwirkung der Neuregelung auf Länder und Gemeinden, lehnt aber die Aenderung des Finanzausgleichs ab. Auch eine Gewährung von Reichsdotationen an die Länder aus Anlaß der Befolgungsneuordnung wird entschieden abgelehnt. In der Einzelbegründung hält die Regierung gegenüber den Reichsratsbeschlüssen an ihrem Entwurf fest.

Protest der Berliner Polizeibeamten

Berlin, 20. Okt. Der Verband preussischer Polizeibeamten von Groß-Berlin erhob gestern in zwei Versammlungen gegen die in der neuen preussischen Befolgungsordnung vorgesehene Einführung und gegen das neue Polizeibeamtengesetz Einspruch. In erregter Aussprache wurde die Unzufriedenheit mit dem Präsidium und der preussischen Regierung zum Ausdruck gebracht.

Beratung der Zentrumsfraktion

Berlin, 20. Okt. Nach der Sitzung des Reichstags trat gestern abend die Zentrumsfraktion zu einer Beratung zusammen, über die das „B. T.“ zu berichten weiß: es seien scharfe Angriffe aus den Reihen der Arbeiter-Abgeordneten des Zentrums gegen den Reichsfinanzminister Dr. Köhler gerichtet worden, der infolgedessen eine ernste Aussprache mit dem Parteivorstand des Reichskanzlers Dr. Marx gehabt habe. Nach der Auffassung der Zentrumsfraktion solle eine Aenderung des Finanzausgleichs nach den Wünschen der Bayerischen Volkspartei aus innen- und außenpolitischen Gründen unmöglich sein. Die Reichsregierung soll in Verbindung mit dem Reichspartominister ein Vorgehen planen hinsichtlich einer Verwaltungsreform bei den Ländern.

wir in dieser heillosen Kriegsschuldfrage, in der Hindenburg mit seiner Tannenberg-Erklärung einen mächtigen Punkt vorwärts getan hat, leichter voran. So aber sorgen Poincaré und Gen. dafür, daß das Volk nichts von der Wahrheit hört. Schrieb doch vor noch nicht langer Zeit Bailey, der Chefredakteur des „Iniransigent“: „Wären wir niemals diesen Schlüssel des Friedensgebäudes aus den Augen verlieren: die deutsche Kriegsschuld. Ohne sie stirbt das ganze Gebäude zusammen.“ — Je bälter, desto besser!

Deutschland hat inzwischen seinen (11.) Sitz im Ständigen Mandatsausschuss des Völkerbunds eingenommen. Sein Vertreter ist Geheimrat Kasl, der Vorsitzende des deutschen Industrietags, ein Sachverständiger, der viele Jahre in den Kolonien tätig war. Man erwartet allerlei Vorteile von dieser neuesten Errungenschaft. Andererseits freilich haben die Mandatsmächte die Befugnisse dieses völkerbündlichen Kontrollausschusses vorher so stark beschnitten, daß ihm herzlich wenig zu tun übrig bleibt. Aber immerhin kann nun Deutschland von amtswegen bei der Verwaltung der ihm schnöde entzogenen Kolonien ein Wort mitreden. Dabei wird diese Kommission oder der Völkerbund selbst über kurz oder lang die immer noch offene Frage entscheiden müssen, wem eigentlich die Souveränität über diesen „zurzeit“ größten herrenlosen Wert, den die Geschichte je gesehen hat“ (Lord Cecil), zukommt, der betreffenden Mandatsmacht oder dem Völkerbund und den hauptsächlich „alliierten und assoziierten Mächten“ — oder gar Deutschland, das man bis heute für die geraubten Gebiete im Gesamtwert von etwa 120 Milliarden

Goldmark noch nicht entschädigt oder ihm auf die Kriegsschuldfrage angerechnet hat. Jedenfalls kann jetzt Deutschland schon aus formalen Gründen als Mitglied des Mandatsausschusses und dadurch mit größerem Nachdruck — aber allerdings wohl ohne Erfolg — Einspruch gegen eine etwaige Einverleibung eines deutschen Mandatsgebiets in ein fremdes Kolonialreich, wie es z. B. England mit Deutsch-Ostafrika plant, erheben.

In Deutschland haben wir leider wieder einen Streit. Etwa 70 000—80 000 Arbeiter in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren haben die Arbeit eingestellt. Zunächst ist dieser Streit lediglich als eine wirtschaftliche Kampfmaßregel zu betrachten. Hoffentlich bleibt es dabei. Borerst steht die Sache so, daß die Braunkohlenunterhalten werden. Wenn heutzutage ein Stabion für 40 Mill. wünschenswert und notwendig, aber sie erscheine solange nicht durchführbar, als die Kohlenpreise zwangsweise festgehalten werden. Die aber hält der Reichswirtschaftsminister aus „allgemein politischen Gründen“ für nötig. Jedemfalls wird die Sache demnächst den Reichstag beschäftigen. Wir möchten lebhaft wünschen, daß der Streit möglichst bald beigelegt werde, zumal die Braunkohle als Hausbrand heutzutage eine recht wichtige Rolle im Haushalt spielt.

Solche Störungen sind im Interesse unserer mit Aus-

landsanleihen und Daweschulden so schwer belasteten Wirtschaft höchst bedauerlich. Sie werfen uns immer wieder um Wochen und Monate zurück. Um so mehr tut sparen not. Sehr erfreulich ist es daher, wenn der Deutsche Städtetag sich aufs neue diese wichtige Pflicht vorgenommen hat. Wenn heutzutage ein Stabion für 40 Mill. erstellt oder anderwärts ein Festessen, das 36 000 M. kostete, gegeben wird, so kann man es verstehen, wenn die Steuerzahler über solche Verschwendungslust unwillig werden. Vollends das Ausland, das mit Fingern auf den deutschen Luxus deutet und deshalb unsere Klagen über die Unerträglichkeit des Verfallener Tributs nicht ernst nimmt. Auch hier gilt das Wort: „Meidet allen bösen Schein!“

Deutscher Reichstag

Das Reichsschulgesetz

Berlin, 20. Oktober.

Nachdem einige kleinere Vorlagen in allen drei Lesungen angenommen worden waren, wurde die erste Beratung des Reichsschulgesetzes fortgesetzt.

Abg. Schulze-Frankfurt (Dn.) verweist auf die größere Mannigfaltigkeit der Schulformen in dem Entwurf, wodurch der Grundsatz der Gewissensfreiheit klar zum Ausdruck komme. Der Deutsche Lehrerverein arbeite heute mit denselben Schlagworten, die er 1905 gegen das preussische Schulunterhaltungsgesetz ausstrenkte.

Abg. Dr. Fischer-Köln begründete die demokratische Anfrage über die Kosten. Es sei nicht zu hoch gegriffen, wenn man im Reichsdurchschnitt eine 40—50proz. Vermehrung der Schulkosten zu befürchten habe. Es gebe dringlichere Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) betont die Frage nach einer umfassenden Bildungseinheit. Es könne nicht das Ideal sein, Deutschland mit einem Netz von Gemeinschaftsschulen zu überziehen. Das wäre der aussichtslose Versuch, gewissermaßen mit polizeilichen Mitteln die Geistesbildung zu uniformieren.

In der weiteren Aussprache beantwortete Reichsinnenminister v. Kuebel die demokratische Anfrage und erklärte, daß die Kosten nicht nur von der Gestaltung der Vorlage selbst, sondern auch von den Ausführungsgefehen der Länder abhängen. Die Reichsregierung werde natürlich die Frage grundsätzlich klären, wie weit das Reich sich an den Kosten beteilige.

Das Haus verlagert sich auf Freitag 1 Uhr mittags: Befolgungsordnung, Rentnerverforgung.

Der Gesellschafter ist Ihre Zeitung!

Neuestes vom Tage

Gegen den preußischen Zentralismus

Karlsruhe, 20. Okt. Der Handels- und Industriebeirat der badischen Zentrumsparlei erklärte in einer Tagung, der verschiedene Minister anwohnten, nach einer Rede des Staatspräsidenten Trunk: ein Sieg des preußischen Zentralismus, wie ihn die heutige preußische Regierung anstrebe, würde der dort völlig verkannten badischen Grenzwirtschaft einen weiteren Stoß versetzen, der nie wieder gut gemacht werden könnte.

Die Deutsche Burschenschaft gegen die neue preußische Verordnung

Eisenach, 20. Okt. Die auf der Wartburg versammelten 5000 Deutschen Burschenschafter haben zum Kampf in der deutschen Burschenschaft gegen den preußischen Kultusminister Dr. Becker eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Deutsche Burschenschaft, die allezeit für die Selbstverwaltung der Studentenschaft eingetreten ist, stellt fest: Die preußische Staatsregierung zerflügelt die großdeutsche Studentenschaft der Würzburger Satzung durch die neue preußische Staatsministerialverordnung, denn es wird den preußischen Studentenschaften die Zugehörigkeit zur Deutschen Studentenschaft verboten. Von einer Selbstverwaltung der preußischen Studentenschaften kann nach der neuen preußischen Verordnung nicht mehr die Rede sein. Die Deutsche Burschenschaft muß die Neuordnung des Studentenrechts in Preußen ablehnen. Sie gibt den örtlichen Burschenschaften die Richtlinien, bei allen Urabstimmungen der preußischen Studentenschaften dagegen zu stimmen, daß eine Studentenschaft auf Grund der neuen Staatsministerialverordnung gebildet wird.

Erster deutscher Theologentag

Eisenach, 20. Okt. Unter Beteiligung von Hochschullehrern fast aller deutschen Hochschulen, sowie Vertretern österreichischer, schweizer und holländischer Universitäten, wurde hier der erste deutsche evangelische Theologentag von Universitätsprofessor D. Tikius-Berlin eröffnet. Den ersten Vortrag über das Kirchenproblem des Urchristentums hielt Universitätsprofessor D. Karl Ludwig Schmidt-Jena.

Vom Bergarbeiterstreik

Berlin, 20. Okt. Die Einigungsverhandlungen im Lohnstreik im mitteldeutschen Braunkohlengruben haben heute vormittag im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Schlichters Dr. Bahn begonnen. Sie dürften längere Zeit in Anspruch nehmen.

Infolge des Streiks sind weitere Gruben stillgelegt worden, bei anderen Gruben konnte die Arbeit ganz oder zum Teil wieder aufgenommen werden, im allgemeinen hat aber die Zahl der Arbeitswilligen abgenommen. In der Niederlausitz hat wegen der Gewalttaten der Streikenden, die von Fremden aufgereizt werden, gegen Arbeitswillige der Leiter der Schutzpolizei in Kottbus die Befehlsgewalt unter Ausschaltung der Landräte übernommen.

Die belgische „Abrüstung“

Brüssel, 20. Okt. Der Brüsseler „Soir“ berichtet, Kriegsminister De Broqueville habe vom Generalstab einen Plan ausarbeiten lassen, der den gegenwärtigen Heeresbestand zahlenmäßig zwar festhalte, aber die Dienstzeit verlängere. Darnach würden die Miliztruppen 6 Monate lang Dienst zu tun haben und dann als Kapitulanten und vollkommen ausgebildete Mannschaften ins Heer eingereiht werden, wo sie 4 Monate bei der Infanterie, 6 Monate bei der Artillerie und 12 Monate bei der Kavallerie dienen sollen. Die Mindestzahl dieser Kapitulanten soll 20 000 Mann betragen. Auch der Stamm der Ausbildungsmannschaften soll durch Hinzuziehung von Berufsmilitär verstärkt werden. Die Heeresstärke soll auf 49 000 Mann festgelegt werden.

Einigung im Lohnstreik in Asturien

Madrid, 20. Okt. Nach amtlichen Meldungen über den Lohnstreik in den Bergwerksgebieten von Asturien ist es zu einer Einigung auf Grund neuer Vorschläge der Arbeiter gekommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit steht unmittelbar bevor.

Ein Zugüberfall in Mexiko

Laredo (Texas), 20. Okt. Etwa 100 Aufständische machten am Dienstag morgen südlich von San Louis Potosi einen Überfall auf einen Personenzug, indem sie zwei Dynamitbomben auf die Schienen legten. Die eine platzte unter einem Personenzug, die andere riß die Schienen auf. Die Reisenden der 1. Klasse blieben unbehelligt. Die Aufständischen erbeuteten bei der Plünderung des Gepäckwagens etwa 10 000 Pesos. 8 Personen wurden getötet, 10 verwundet. Nach dem Überfall flohen die Räuber in die Berge. Der britische Verwalter der Bergwerke von Amajac soll gefangen genommen worden sein; die Aufständischen verlangten ein Lösegeld von 5000 Pesos. 4 Soldaten der Zugbegleitung wurden getötet.

Württemberg

Stuttgart, 20. Okt. Vom Landtag. Der Finanzausschuß hat der Gabe an die Universität Tübingen (Beitrag des Staats zur Jubiläumsspende und zur Fertigstellung des Sportplatzes für die Universität) mit insgesamt 120 000 M. zugestimmt. Weiter wurden 25 000 Mark für die Angliederung der Abteilung der Feinmechanik an die Maschinenbauschule Eßlingen genehmigt. Der Ausschuß stimmte ferner der Vorlage zu, daß Mündelgelder auch bei der Württ. Notenbank ausfallsweise angelegt werden können. Die öffentlichen Sparkassen und Girokassen sind bekanntlich nach dem Gesetz zur Anlage von Mündelgeldern zugelassen.

Wohltätigkeitssteue. Unter dem Protektorat der Frau Staatspräsidentin Bazille und der Frau Ministerin Bolz findet am Samstag, den 22. Oktober, im Kuppelsaal des Kunstgebäudes ein Wohltätigkeitssteue unter Mitwirkung hervorragender Kräfte des Landbestehers in zwei Abteilungen statt. Für den ersten Teil, nachmittags 5-7 Uhr, sind Eintrittskarten zu 3 Mark, für den zweiten Teil, abends 8-11 Uhr, Karten zu 5 M. bei Sulze u. Galler, Ranzleistraße 10, und an der Kasse zu haben. Die Veranstaltungen versprechen einen hohen Kundgenuß.

Stuttgart, 20. Okt. Nationalpolitischer Lehrgang. Hier findet im Haus des Deutschtums vom 25. Oktober bis 3. November der dritte nationalpolitische Lehrgang, veranstaltet vom „Politischen Kolleg“ und der Gesellschaft „Deutscher Staat“, statt, wobei Universitätsprofessor Dr. Lent-Erlangen, Staatsarchivar Dr. Kede-Danzig, Universitätsprofessor Dr. Wundt-Jena, Universitätsprofessor Dr. Marlin Spahn und Domprediger Martin Magdeburg Vorträge halten werden.

Vorstandssitzung der Württ. Landwirtschaftskammer. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hielt am 14. Oktober eine Sitzung in Stuttgart ab. Die nächste Hauptversammlung soll am 2. und 3. Dez. stattfinden. Die in den letzten Jahren sehr häufig aufgetretenen Hagelschäden machen eine Neuordnung der Nachschußverpflichtungen bei der Nord. Hagelversicherung notwendig. Da bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft eine stärkere Prämienherabsetzung sehr bedenklich wäre, sprach sich der Vorstand nach eingehender Beratung für die Schaffung eines staatl. Hagelversicherungsfonds, wo er bis zum Jahr 1923 bestand, aus. Die Errichtung von Pferde- und Viehhandelschiedsgerichten wurde eingehend besprochen. Die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Verbänden sollen weitergeführt und die Pferdehandelskaufverträge weiter ausgestaltet werden. Für den Viehhandel soll ein Schiedsgericht errichtet und die notwendigen Verträge festgelegt werden. Um eine einheitliche Beratung in den Bezirksvereinen herbeizuführen, sollen von Beamten der Landwirtschaftskammer in den landw. Ortsvereinsversammlungen Vorträge nur noch im Benehmen mit den landw. Bezirksvereinen übernommen werden. Werden Vorträge in Vereinen gehalten, die dem landw. Bezirksverein nicht angeschlossen sind, dann wird der Vorstand des landw. Bezirksvereins von der Landwirtschaftskammer jeweils benachrichtigt werden. Außerdem wurde noch eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt.

Tagung. Die Vereinigung württ. Rektoren hielt am Sonntag ihre Jahresversammlung hier ab. Rektor Meyer sprach über „Freiheit und Autorität“. Die Versammlung begrüßte einen vom Kultusministerium ausgearbeiteten Entwurf über „Dienstanweisung für die Vorstände und die Lehrkräfte an den Volksschulen“. Es wurde eine Entschließung angenommen, die eine Erhöhung der Befoldung entsprechend der Bedeutung des Amtes der Rektoren fordert.

Vorträge über Sozialfürsorge im Rundfunk. Am Samstag, den 22. Oktober, 19.15 Uhr (7.15 Uhr abends) wird im Südd. Rundfunk mit einem Vortrag von Ministerialrat Schmucler eine Reihe von Abhandlungen über die soziale Sozialfürsorge eingeleitet. Ein weiterer Vortrag über Rechtsfragen, aus dem Gebiet der Kranken- und Invalidenversicherung von Oberregierungsrat Dr. Kümmerlen folgt am Samstag, den 29. Oktober, 18.45 Uhr (6.45 Uhr abends).

Beleuchtete Hausnummern und Straßennamen-Schilder. Die Bauten der Weissenhofiedlung der Werkbundausstellung sind von der Württ. Hausnummer- und Beleuchtungs-gesellschaft mit einer neuartigen Anlage versehen worden, die die Hausnummern und Straßennamen bei Nacht beleuchtet. Nachdem schon in einer Reihe norddeutscher Städte, ferner in Karlsruhe verschiedene Straßenzüge mit Hausnummern-Lampen und Straßennamen-Schildern versehen worden sind, beabsichtigt die Gesellschaft, auch in Stuttgart sowie in einigen weiteren württ. Städten Probeversuche mit beleuchteten Hausnummern und Straßennamen-Schildern einzurichten.

Aus dem Lande

Vaihingen a. G., 20. Okt. Hohes Alter. Seinen 97. Geburtstag beging gestern Karl Schumpp, der älteste Einwohner Vaihingens. Stadtschultheiß Linkenheil überbrachte die Glückwünsche des Gemeinderats. Schumpp ist am 19. Oktober 1830 in Mengen geboren und war hier lange Jahre Kommandant der Landjägerstation und später Gerichtsvollzieher.

Gönnigen, 20. Okt. Tödlicher Unfall. Am Dienstag kam die traurige Nachricht, daß Edmund Wagner, Rechner der Darlehenskasse, der zur Erholung auf der Charlottenhöhe bei Calmbach war, infolge eines Unfalls unerwartet rasch verschied.

Oberndorf a. N., 20. Okt. Schwere Radunfall. An der Straßenkreuzung oberhalb des Wasserfalls überfuhr in rasender Fahrt ein Radfahrer von Hochmöffingen einen die alte Steige herabkommenden Mann. Der Radler wurde am Kopf lebensgefährlich verletzt und nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Friedrichshafen, 20. Okt. Ein Riesenballon der Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und seine Probefahrten in Friedrichshafen. Die deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt in Berlin hat bei der Luftfahrzeuggesellschaft, die die Parvevalschiffe baute, einen Riesenballon mit einem Nenninhalt von 9500 Kubikmeter bauen lassen, um die Eigenschaften eines Flugzeugmotors in verschiedenen sehr großen Höhenlagen zu erproben, und zwar in Höhen, die einmal für den Luftverkehr der Zukunft in Frage kommen werden. Zu diesem Zweck ist die Gondel besonders konstruiert, damit sie einen kleinen Versuchsmotor bis zu 10 000 Meter Höhe trage. Der neue Riesenballon „Barisch von Sigsfeld“ übertrifft den Ballon „Preußen“ um 100 Kubikmeter, mit dem am 31. Juli 1901 die Professoren Berzon und Süring damals den Höhenweltrekord mit 10 800 Meter aufgestellt haben. Letzten Samstag wurde der Ballon in der großen Montagehalle 2 des Luftschiffbau Zeppelin gefüllt. Gestern mittag konnte nun mit dem ersten wissenschaftlichen Höhenflug begonnen werden. Zur Beobachtung des Verhaltens des Riesenballons machte zu gleicher Zeit Dr. Dürr des Luftschiffbau Zeppelin und Luftschiffkapitän Wittmann mit dem Ballon „München“ der Bayr. Luftschiffahrtsgesellschaft (Inhalt 800 Cbm.) einen Simultanaufstieg. Bei herrlichem Wetter gingen beide Aufstiege glatt von staten und in ebeträchtlicher Höhe zogen beide in östlicher Richtung dem bayerischen Allgäu zu.

Ablach in Hohenz., 20. Okt. Todesfall. In Augsburg verstarb der von hier gebürtige Kommerzienrat Gaudens Baier, ein Wohltäter und Ehrenbürger anseer Gemeinde.

Vom Bayerischen Allgäu, 20. Okt. Ein Wink für Bergsteiger. In alpinen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Herbsttage häufig zu größeren Touren verlocken. Dabei ist aber besondere Vorsicht am Platze, da schattenfeuchte Hänge, die vom letzten Neuschnee nicht mehr frei geworden sind, hart gefroren und vereist sind. Entsprechende Ausrüstung ist unter allen Umständen zu empfehlen. Dies gilt auch für Kletterer in schneefreiem Feld, die keine Sonne mehr erhalten. Hier ist durchweg mit Vereisung und besonderer Gefahr zu rechnen.

JLSE RÖMNER

Roman von Elisabeth Borchart

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Aber ich kann doch nicht so allein durch den Wald gehen!“ rief Ilse ganz erschrocken aus. „Es ist ja schon sieben Uhr und beinahe dunkel, wenn ich dort ankomme!“

„Ach, hier tut Ihnen keine Rage etwas“, sagte der Beamte beschwichtigend, „und den Weg können Sie auch nicht verfehlen. Sehen Sie, zuerst gehen Sie hier geradeaus, dann rechts in den Wald hinein, links an den Tannen vorbei, dann wieder geradeaus.“

Jetzt mußte Ilse trotz ihrer verzweifelten Lage laut auflachen. Nach dieser Beschreibung würde sie sicher nicht den Weg verfehlen.

„Nein“, erwiderte sie darauf energisch, „heute mache ich den Weg gewiß nicht mehr. Ich werde hier übernachten und morgen früh bei Tageslicht nach dem Schlosse wandern.“

„Übernachten?“ fragte der Stationsvorsteher mit komischem Ernst. „Wo denn?“ Das Wort liegt auch eine halbe Stunde weit, und ich — kann das Fräulein doch nicht — na wissen's halt, der nächste Schnellzug nach Wien ist erst in einer Stunde fällig, da kann ich Sie halt noch ein Stüdel bis an den Wald bringen. Wollen Sie?“

Ilse nidte ganz niedergeschlagen mit dem Kopfe. „Ach werde Ihnen sehr dankbar sein, Herr Stationsvorsteher, ich sehe ja, mir bleibt nichts anderes übrig.“

„Nun, so kommen Sie schnell, ich habe leider nicht lange Zeit. Lassen Sie mich nur Ihre Tasche eine Weile tragen — das schändet einen preußischen Beamten nicht,“ setzte er hinzu, als Ilse unwillkürlich zögerte.

Wie im Traum und ohne ein Wort zu sprechen, ging sie an des Beamten Seite die Landstraße hinunter. Trotz allen Mutes und aller Zuversicht konnte sie sich eines bellenden Gefühls nicht erwehren.

Der Stationsvorsteher betrachtete sie mitteilidig von der Seite: „Armes Häscherl — so jung und schön — viel zu schön für eine Erzieherin. Wird wohl bald den Weg nach der Station zurückfinden. Wäre das größte Unglück noch nicht.“

Er verluhte ein Geplärr mit ihr anzuknüpfen; sie antwortete ihm freundlich, aber einüblig. Endlich am Saume des Waldes machte er Halt und reichte ihr die Tasche zurück.

„Die Pflicht ruft, mein Fräulein, ich muß zurück. Fürchten Sie sich nicht und gehen Sie nur immer diesen Weg entlang. Der Wald hört bald auf und auf der Landstraße wird es dann wieder heller.“

Ilse reichte ihm die Hand. „Ich danke Ihnen für Ihre Güte, Herr Stationsvorsteher, und — ich werde schon ans Ziel kommen.“

Mit einem freundlichen Gruß verabschiedete sich der Beamte, und Ilse sah ihm sekundenlang nach. Dann wandte sie sich mit jähem Rud und betrat den Wald. Schnell schritt sie vorwärts, sie wollte so bald wie möglich das Ende desselben erreichen.

Sie war schon eine gute Strecke gegangen, als es hell hinter den Bäumen hervorschimerte. Vestreit atmete sie auf. Das Waldesdunkel hatte doch, trotz ihrer Furchtlosigkeit, auf ihr gelastet. Nur wenige Schritte noch und die Lichtung war erreicht.

Raum war sie jedoch aus dem Walde herausgetreten, als sich ihr ein Hindernis entgegenstellte, an welches sie wohl am wenigsten gedacht hätte. Der Weg teilte sich hier; der eine führte nach rechts, der andere nach links.

Wie Herkules am Scheidewege stand sie nun ratlos, welchen Weg sie einschlagen sollte. Welcher führte nach Zworrau, und welcher brachte sie ab vom Ziel? Suchend blickte sie sich um. Kein Mensch war zu sehen, den sie hätte fragen können. Nur das Rauschen des Waldes und das Murmeln eines Baches drang an ihr Ohr, sonst Stille ringsumher.

Ilse war bisher nicht furchtsam gewesen; fähig und mutig hatte sie ihren Weg verfolgt. Jetzt lief ihr ein

leichter Schauer durch den Körper. Sollte sie im Walde übernachten? Schlechte, rohe Menschen gab es überall.

Daß der Stationsvorsteher sie auch auf dieses Hindernis nicht aufmerksam gemacht hatte! Sie wiederholte sich seine Beschreibung des Weges, die sie so heiter gestimmt hatte: „Erst geradeaus, dann rechts, dann links, dann wieder geradeaus.“ Trotz allen Nachdenkens konnte sie auch jetzt nicht flug daraus werden.

Sie seufzte schwer auf und erkannte zum ersten Male, daß ihre Kraft und ihr Vertrauen auf sich selbst, worauf sie bisher so stolz gewesen war, in diesem Falle nichts nützen. Sie fühlte, daß sie eines anderen Menschen Hilfe und Rat bedurfte.

Doch horch! Klängen nicht Schritte, wie von eines Menschen Fuß an ihr Ohr? Sollte ihr so unvorhofft Hilfe werden, oder nachte sich ihr eine neue Gefahr? Schnell sprang sie in das Dickicht am Wege und verbarg sich dahinter. Kaum zu atmen wagte sie.

Und die Schritte kamen näher und näher, und jetzt trat ein Mann aus dem Dunkel des Waldes hervor.

Er war wie die Bauern der Gegend gefleider: kurze Aniehofen, herbe Schaftitel, kurze, rauhe Toppe und einen zerdrückten Filzhut auf dem Kopfe.

Er war groß und schlant, ging aber gebückt, mit tief herabgebeugtem Kopf, wie ein Mensch, der wichtigen, unlöslichen Problemen nachsinnt. Seine ganze Haltung hatte etwas Lässiges, aber der Gang war viel zu elastisch und federnd für einen Bauern, von dem man unwillkürlich einen berben Schritt verlangt.

Jetzt kam er dicht an Ilse Vestied vorüber. Sie versuchte, etwas von seinem Gesicht zu erpähen, aber einmal war die Dämmerung schon zu weit vorgeschritten und zweitens lag der Hut so tief im Gesicht und der Kopf war so tief zur Erde geneigt, daß sie nur einen dunkelblonden Bart sehen konnte. Die Hände hatte er auf dem Rücken zusammengelagt.

(Fortsetzung folgt.)